

TAGUNG

Die Bedeutung von Qualität und Effizienz öffentlicher Finanzen in Europa

Philippe Mohl*

Die Spielräume der Finanzpolitik in Europa sind angesichts teils hoher Defizite und Staatsverschuldung, des Einflusses der Globalisierung und der demografischen Entwicklung sowie der institutionellen Rahmenbedingungen in Form des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) deutlich eingeschränkt. Nichtsdestotrotz soll die Fiskalpolitik die im Rahmen der Lissabon-Strategie geforderten Strukturreformen auf den Güter- und Arbeitsmärkten ermöglichen, um Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund rückt immer stärker die Frage in den Vordergrund, wie sich angesichts der dargestellten Rahmenbedingungen die Qualität und Effizienz öffentlicher Finanzen in Europa verbessern lassen. Diese Fragen wurden auch auf der im Bundesministerium der Finanzen veranstalteten Konferenz diskutiert.

Herausforderungen für die europäische Finanzpolitik aus Sicht der Politik

Die Konferenz wurde von *Thomas Mirow* eröffnet, der die Bedeutung der Qualitätsdimension für die öffentlichen Finanzen insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der verschuldeten Staatskassen betonte. Die anstehenden Probleme könnten nur im Rahmen einer effizienten Ausgabenpolitik gelöst werden. Er forderte ein Umdenken dahingehend, dass die Fiskalpolitik zukünftig stärker an den Ergebnissen statt an der Ausgabenhöhe für einzelne Politikfelder gemessen werde sollte.

Peer Steinbrück teilte die Einschätzung über die zunehmende Relevanz der Qualitätsdi-

Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa

Wissenschaftliche Tagung des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI) in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim und dem Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Berlin, 22./23. März 2007

Wissenschaftliche Leitung:

Sebastian HAUPTMEIER, ZEW, Mannheim
Friedrich HEINEMANN, ZEW, Mannheim
Christian KASTROP, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Ludger SCHUKNECHT, Europäische Zentralbank (EZB), Frankfurt/Main

Begrüßung

Thomas MIROW, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Einführung

Moderation: Guido BOHSEM, Financial Times Deutschland, Berlin

Eine Qualitätsagenda für die Finanzpolitik
Peer STEINBRÜCK, Bundesminister der Finanzen, Berlin

Challenges for Fiscal Policy from a European Perspective
Joaquín ALMUNIA, Europäische Kommission, Kommissar für Wirtschaft und Währung, Brüssel

Qualität der öffentlichen Finanzen, Reformpolitik und Lissabon-Ziele: Teil 1

Vorsitz: Ludger SCHUKNECHT

Impulsreferat: *What do we know about the effects of fiscal policy?*

Roberto PEROTTI, Universität Bocconi, Mailand

Global Aging Pressures: Impact of Fiscal Adjustment, Policy Cooperation, and Structural Reform

Denis BOTMAN und Manmohan S. KUMAR, Internationaler Währungsfond (IWF), Washington D.C.

Diskutant: Hans VIJLBRIEF, Niederländisches Wirtschaftsministerium, Den Haag

* Philipp Mohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft.

mension öffentlicher Finanzen. Politikmaßnahmen müssten stärker als bisher am Output und nicht allein am Input gemessen werden. Wären sich alle Politikbereiche ihrer Verantwortung auch angesichts der sich gegenwärtig verbesserten Haushaltsslage bewusst, könnte ein Wechsel von Vergangenheitsfinanzierung zu mehr Zukunftsinvestition stattfinden. Ein solcher Schritt bedürfe der Definition gemeinsamer Vorrangig- und Nachrangigkeiten, um aufkommende Begehrlichkeiten im Rahmen einer Prioritätenliste abzuwehren.

Anschließend führte Joaquín Almunia aus, dass die derzeit günstige wirtschaftliche Lage genutzt werden solle, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und nötige Strukturreformen umzusetzen. Da die demografischen Entwicklungen in den Gesellschaften Europas die öffentlichen Haushalte auf mittlere Sicht stark belasten werden, sei dies umso dringlicher. Almunia zeigte sich überzeugt, dass durch eine höhere Effizienz öffentlichen Handelns, die Verbindung von wachstumsförderlicher Politik bei gleichzeitiger Konsolidierung gelingen könne.

Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass die Positionen von Almunia und Steinbrück nicht weit voneinander entfernt lagen. Beide lehnten den Aufbau einer weiteren supranationalen Institution zur Überwachung der Qualitätssicherung öffentlicher Finanzen ab und verwiesen auf die Rolle der nationalen Parlamente, der Rechnungshöfe sowie der bestehenden Regeln des SWP.

Die Qualität öffentlicher Finanzen im Rahmen der Lissabon Ziele

Am ersten Konferenztag wurden Möglichkeiten diskutiert, im Rahmen mit strukturellen Reformen die Qualität der öffentlichen Finanzen zu erhöhen und die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen.

Roberto Perotti machte in seinem Impulsreferat deutlich, dass aus wissenschaftlicher Pers-

Is Lisbon far from Maastricht? Trade-offs and complementarities between fiscal discipline and structural reforms

Marco BUTI, Werner RÖGER und Alessandro TURRINI, Europäische Kommission, Brüssel
Diskutant: Gérard BELET, Französisches Finanz-, Wirtschafts- und Industrieministerium, Paris

Qualität der öffentlichen Finanzen, Reformpolitik und Lissabon-Ziele: Teil 2

Vorsitz: Friedrich HEINEMANN
Short-term Pain for Long-Term Gain: the Impact of Structural Reform on Fiscal Outcomes in EMU
 Paul VAN DEN NOORD und Boris COURNÈDE, OECD, Paris
Diskutant: Helmut HERRES, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Europäische Wirtschafts- und Sozialmodelle und die Bedeutung von Reformen

Martin HEIPERTZ, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
 Melanie WARD-WARMEDINGER, EZB, Frankfurt/Main
Diskutant: Giacomo CORNEO, Freie Universität Berlin

On the Relationship between Fiscal Plans in the European Union: an empirical analysis based on real-time data

Roel BEETSMA und Massimo GIULIODORI, Universität Amsterdam
Diskutant: Daniele FRANCO, Banca d'Italia, Rom

Effizienz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors: Teil 1

Vorsitz: Christian KASTROP
Impulsreferat: Fiscal Policy in the Years to Come – Challenges and Opportunities
 Vito TANZI, ehemaliger Leiter der Abteilung Finanzpolitik, IWF, Washington D.C.

Measuring and Improving Public Sector Efficiency: Challenges and Opportunities

Teresa CURRISTINE, OECD, Paris
Diskutant: Joe GRICE, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union

Assessing Health Efficiency across Countries with a Two-step and Bootstrap Analysis

António AFONSO, EZB, Frankfurt/Main; Miguel St. AUBYN, ISEG, Technische Universität Lissabon
Diskutant: Karsten WENDORFF, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main

Fiscal Policy and Public Investment in New EU Member States

Gerd SCHWARTZ, Ana CORBACHO, Giovanni GANELLI, IWF Washington D.C.; Paolo MANASSE, Universität Bologna
Diskutant: Lorenzo CODOGNO, Italienisches Wirtschafts- und Finanzministerium, Rom

pektive weiterhin eine große Unsicherheit über die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von Fiskalpolitik bestehe, wenngleich die Multiplikatoreffekte staatlicher Ausgaben in der Öffentlichkeit häufig überschätzt werden.

Ist eine Konsolidierung der Staatsfinanzen bei gleichzeitiger Durchführung von Strukturreformen möglich?

Manmohan S. Kumar konzentrierte sich in seiner Studie auf die makroökonomischen Effekte von fiskalischer Konsolidierungspolitik bei gleichzeitiger Implementierung struktureller Reformen. Dabei berücksichtigte er insbesondere den Alterungsprozess in Europa. Kumar kam zu dem Ergebnis, dass es aufgrund kurzfristig adverser Effekte zwar politisch schwierig sei, fiskalische Konsolidierung und die im Rahmen der Lissabon-Strategie geforderten Strukturreformen auf den Güter- und Arbeitsmärkten gleichzeitig zu verfolgen. Allerdings würden die kurzfristig entstehenden Kosten auf mittlere Sicht durch höheren Nutzen kompensiert werden. Die Möglichkeit einer simultanen Umsetzung von fiskalischer Konsolidierung und Strukturreformen wurde von *Hans Vlijbrief* stark bezweifelt. Es sprächen polit-ökonomische Argumente wie zum Beispiel die häufig kurzfristig auf Wiederwahl ausgerichtete Politik gegen die Realisierung einer solchen Verbindung.

Alessandro Turrini und *Werner Röger* versuchten in ihrem Beitrag zu klären, welche Faktoren die Beziehung zwischen der fiskalischen Konsolidierung und der Durchführung von Strukturreformen bestimmen. Besondere Berücksichtigung fanden hierbei die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Im Rahmen eines formalen Models zeigten sie, dass in Abhängigkeit von der Weitsichtigkeit von Regierungen strukturelle Reformen fiskalische Disziplin entweder ersetzen oder ergänzen könnten. Das Modell wurde im Rahmen einer Panelanalyse empirisch getestet. Die Ergebnisse machten deutlich, dass die Einführung der Maastricht Kriterien die Wahrscheinlichkeit der Durchführung von

Herausforderungen für den öffentlichen Sektor aus Sicht der Notenbanken

Jürgen STARK, Mitglied im Direktorium der EZB, Frankfurt/Main

Effizienz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors: Teil 2

Vorsitz: Sebastian HAUPTMEIER

Finanzföderalismus und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Lars FELD, Universität Heidelberg, Gebhard KIRCHGÄSSNER und Christoph SCHALTEGER, Universität St. Gallen

Diskutant: Jobst FIEDLER, Associate Dean, Hertie School of Governance, Berlin

Fiscal Equalization and Yardstick Competition

Christos KOTSOGIANNIS, Universität Exeter und Robert SCHWAGER, Universität Göttingen

Diskutant: Peter PART, Österreichisches Finanzministerium, Wien

Podium: Elena FLORES, Europäische Kommission, Brüssel, Jobst FIEDLER, Christian KASTROP, Lüder SCHUKNECHT, Vito TANZI

Moderation: Friedrich HEINEMANN

Schlusswort

Christian KASTROP

Arbeitsmarktreformen im Durchschnitt nicht beeinflusst habe. Jedoch hätten sie einen positiven und signifikanten Effekt auf jene Länder gehabt, in denen Wahlen bevorstanden. *Gérard Belet* kritisierte, dass die Komplexität struktureller Reformen von den Autoren vernachlässigt werde. Abgesehen von der Schwierigkeit in der Definition einer strukturellen Reform, treffe beispielsweise die Annahme, dass die Implementierung struktureller Reformen auf kurze Sicht hohe Kosten verursachen würde, nicht auf alle Reformen (in gleichem Maße) zu.

Die kurz- und langfristigen Effekte von Strukturreformen auf die Fiskalpolitik wurden in dem Beitrag von *Boris Cournède* empirisch untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, dass die im Zuge struktureller Reformen anfallenden Kosten verglichen mit dem langfristigen Nutzen gering seien. Als Gründe, weshalb trotz der positiven Auswirkungen nicht deutlich mehr strukturelle Reformen in Europa verabschiedet werden, nannte er unter anderem das kurzfristige Denken in der Politik. Eine Lö-

sung für dieses Problem sei, die Regierungen im Rahmen des SWP verbindlich auf mittelfristig ausgerichtete fiskalpolitische Ziele zu verpflichten. An dieser Untersuchung kritisierte *Helmut Harres*, dass Cournède die Definition von Strukturreformen nicht deutlich mache. Die Studie vernachlässige zudem die Berücksichtigung unmittelbarer Auswirkungen von Reformen. Harres hielt die Annahme, dass die Durchführung von Strukturreformen auf kurze Sicht mit hohen Kosten verbunden sei für wenig plausibel. Seiner Einschätzung nach fielen die Kosten vielmehr mittelfristig an.

Stärker auf die Performanz von Politiksystemen zielte der Beitrag von *Martin Heipertz* ab, der die europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle bezüglich der Erzielung wirtschaftlicher und sozialer Ziele verglich und bewertete. Auf Basis von Korrelationsdiagrammen wurden die öffentlichen Ausgaben unter anderem gegenüber Wachstumsperformanz, PISA-Bildungsergebnissen und Gini-Koeffizienten abgetragen. Heipertz betonte, dass diese Darstellungen keine kausalen Zusammenhänge wiedergeben würden. Er nutzte sie allerdings als Benchmark und leitete daraus Schlussfolgerungen hinsichtlich der Performanz der unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialmodelle ab. Die Ergebnisse lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass die Höhe der öffentlichen Ausgaben nicht (zwangsläufig) die Qualität der Politik bestimme und dass umfangreiche Reformen in der Fiskalpolitik, auf den Arbeits-, Produkt- und Finzmärkten nötig seien, um die Effizienz und Effektivität zu erhöhen. *Giacomo Corneo* bemängelte, dass Heipertz' Ansatz erstens Schwächen in der Begriffsklärung von Wirtschafts- und Sozialmodellen aufweise. Zudem bliebe unklar, ob Reform die Veränderung eines Modells oder den Übergang von einem Modell in ein anderes Modell bedeute. Zweitens kritisierte er, dass das Papier deutliche Schwächen in der empirischen Umsetzung aufweise. Der Autor verwende weder einen einheitlichen Zeitrahmen für alle Politikfelder, noch untersuche er in allen Politik-

feldern dieselben Länder. Da die empirische Analyse keine kausalen Zusammenhänge abbilde, bestünde auch keine Möglichkeit, daraus politische Implikationen abzuleiten. Drittens kritisierte Corneo, dass die Studie eine große Anzahl von in der Literatur diskutierten sozio-ökonomischen Faktoren (wie zum Beispiel Gesundheitsqualität, Sicherheit und Chancengleichheit der Bürger) nicht berücksichtige.

Roel Beetsma untersuchte die Interdependenz der Fiskalpolitiken in der Europäischen Union im Rahmen einer empirischen Analyse mit Hilfe von prognostizierten fiskalpolitischen Daten. Letztere spiegelten besser die Intentio nen der Politiker wider als nachträglich angepasste Daten, die ihrerseits Reaktionen auf unerwartete Entwicklungen berücksichtigten. Beetsma fand empirische Evidenz dafür, dass die Fiskalpolitiken in Europa interdependent seien. Jedoch gelte dies nicht für alle Volkswirtschaften in gleichem Maße: die großen Länder beeinflussten die Fiskalpolitik der kleinen Länder, nicht jedoch umgekehrt. Als deutliche Schwäche des Ansatzes kritisierte *Daniele Franco* die Verwendung von prognostizierten Daten. Daraus ließen sich nicht zwangsläufig die Absichten der Politiker ablesen, da sie vielfach auch Lippenbekenntnisse der Politiker (zum Beispiel in Richtung der Europäischen Union hinsichtlich der Einhaltung des SWP) beinhalteten. Stattdessen verdeutlichten sich die wahren Präferenzen erst als Reaktion auf unerwartet eintretende Ereignisse.

Schwierigkeiten in der Messung von Effizienz im öffentlichen Sektor

Am zweiten Konferenztag standen Effizienz und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Sektoren im Mittelpunkt. *Vito Tanzi* machte in seinem Impulsreferat deutlich, dass das Steueraufkommen erst im Zuge der Einführung der Mehrwert- und Einkommensteuern in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich angestiegen seien. Diese Entwicklung wurde erst im Laufe der immer stärker werdenden

Verzahnung der Volkswirtschaften und des zunehmenden Steuerwettbewerbs aufgehalten werden. Auf diesen Überlegungen aufbauend stellte Tanzi die Frage nach der Rolle des Staates im 21. Jahrhundert. Er forderte, dass der Staat zwar Marktversagen korrigieren, nicht aber die Märkte gänzlich ersetzen sollte. Stattdessen müsse er sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränken; die öffentlichen Haushalte stärker nachhaltig und effizient ausrichten.

Den Einfluss von Institutionen zur Verbesserung der Effizienz im öffentlichen Sektor stellte *Teresa Currinse* in den Mittelpunkt ihres Vortrags. Sie arbeitete heraus, dass insbesondere politische Dezentralisierung und Maßnahmen im Personalmanagement die Effizienz erhöhen könnten. Allerdings erschwere ein großer Mangel an Daten eine systematische Evaluation. Die Auswertung von Fallstudien und OECD-Fragebögen mache deutlich, dass die Länder durchaus Vorteile aus der Verwendung von Performanzinformationen ziehen könnten. Diese resultierten in der Überwachung und Kontrolle, was wiederum dazu beitrage, die Performanz zu erhöhen. *Joe Grice* verdeutlichte, dass die Schwierigkeiten bei der Messung von Qualität öffentlicher Ausgaben nicht in der Quantifizierung des Inputs von Politikmaßnahmen, sondern in der Quantifizierung des Outputs bestünden. Er bemängelte, dass die im Vortrag erwähnten Indikatoren keine Rückschlüsse auf die Qualität der Leistungen zuließen. Darüber hinaus stellte er fest, dass ein großer Nachholbedarf in der Vermittlung von Qualitätsindikatoren an die Politik bestehe.

Miguel St. Aubyn präsentierte ein gemeinsam mit *António Afonso* verfasstes Papier, das sich mit der Beurteilung von Gesundheitseffizienz in OECD-Ländern beschäftigte. Die Autoren untersuchten im Rahmen einer empirischen Studie, wie sich Outputfaktoren von Gesundheitssystemen (Lebenserwartung, Kindersterblichkeitsrate etc.) gegenüber im Gesundheitssystem verwendeten Inputfaktoren (Anzahl an Medizinern etc.) sowie weiteren

Umweltfaktoren (Wohlstands- und Bildungsniveau, Ess- und Rauchgewohnheiten) verhalten. Sie stellten fest, dass die Ineffizienz in diesem Bereich ziemlich hoch sei: Länder könnten bei gleichbleibenden Mitteleinsatz ihre Performanz um 40 Prozent erhöhen. Allerdings ließe sich ein Großteil der Unterschiede auf die Kontrollfaktoren (BIP pro Kopf, Bildungsniveau und das Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung) zurückführen. *Karsten Wendorff* kritisierte, dass es auf Basis der empirischen Analyse nicht möglich sei, politische Implikationen abzuleiten. Die Analyse liefere lediglich Aussagen über relative Effizienz, das heißt Effizienz, die im Verhältnis zur Situation im effizientesten Land ausgedrückt werde. Die verwendeten Indikatoren stellten darüber hinaus eine extreme Vereinfachung des Gesundheitssektors dar. In Deutschland beispielsweise fokussierte sich die Reformdiskussion auf Aspekte (unter anderem Wettbewerb der Krankenkassen, steuer- versus beitragfinanzierte Versicherung), die in der Analyse vollständig ausgebündet würden.

Zur Messung von Performanz im öffentlichen Sektor

Gerd Schwartz analysierte in seinem Vortrag die fiskalische Konsolidierung in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern sowie die Rolle, welche die Europäische Union bei der Unterstützung dieser Reformpolitik einnehme. Er kam zu dem Ergebnis, dass die fiskalische Konsolidierung nicht notwendigerweise die (öffentlichen) Investitionen eingeschränkt habe. Da die im Rahmen der europäischen Regionalpolitik finanzierten Maßnahmen auf kurze Sicht zu einer Belastung der Fiskalpolitik führten, sei jedoch eine Prioritätenliste zur Auswahl der zu finanzierenden Projekte notwendig. Zur Überprüfung der Schlussfolgerungen empfahl *Lorenzo Codogno* Schwarz, die Ergebnisse im Rahmen einer empirischen Untersuchung zu testen. Außerdem sollte eine sequenzielle Analyse der Politikmaßnahmen hinzugefügt werden, um zu berücksichtigen, ob die Reformen in

wirtschaftlich guten oder schlechten Zeiten unternommen wurden. Beziiglich des Ausblicks verwies er auf Perottis Impulsreferat und betonte, wie schwierig es sei, den Beitrittsländern klare fiskalpolitische Handlungsempfehlungen zu geben.

Jürgen Stark machte deutlich, dass das Interesse der Zentralbanken an der Fiskalpolitik auf kurze Sicht in der budgetären Konsolidierung und auf lange Sicht in der Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen bestehe. Konsens sei, dass sich die Fiskalpolitik heute auf Kernkompetenzen konzentrieren müsse und diese effizient erzielt werden sollten. Dabei machte Stark deutlich, dass nicht zwangsläufig die Höhe der Ausgaben für die Qualität der Ausgaben entscheidend sei. In einer stilisierten Analyse leitete er eine optimale Ausgabenquote von 30 bis 35 Prozent des BIP her. Diese Quote gelte als Benchmark und sei ausreichend, um die wichtigsten Ziele zu erreichen und gleichzeitig genügend Spielraum für Anpassungsprozesse zu haben. Außerdem forderte er ebenfalls die Anfertigung einer Prioritätenliste um verstärkt nachhaltige Aufgaben zu finanzieren.

Der Einfluss von Föderalstaaten auf die Performance öffentlicher Finanzen

Im Anschluss daran folgten zwei Beiträge, welche die Effizienzaspekte in Föderalstaaten thematisierten. Zunächst zeigte *Christos Kotsogiannis* im Rahmen eines formalen Modells, dass Finanzausgleichssysteme in Föderalstaaten die Vergleichbarkeit zwischen den Gebietskörperschaften erschweren. Sie führen zu falschen fiskalischen Anreizen der Gebietskörperschaften und verminderten deren Verantwortlichkeit. Einige dem Modell zugrundeliegenden Annahmen hielt *Peter Part* für unrealistisch. Beispielsweise sei es nicht nachvollziehbar, dass alle Länder dasselbe Niveau an öffentlichen Gütern anstreben und dass die Wählerschaft ein unbegrenztes Interesse an öffentlichen Gütern habe. Zudem wies er darauf hin, dass das Modell kaum Gemein-

samkeiten mit dem in Österreich angewendeten Finanzausgleichssystem aufweise.

Schließlich untersuchte *Lars Feld* im Rahmen einer Panelanalyse im Falle der Schweizer Kantone den Einfluss von unterschiedlichen föderalen Steuerungselementen auf das BIP pro Kopf. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Intensität des Steuerwettbewerbs zumindest nicht schädlich für das Wirtschaftswachstum sei. Darüber hinaus habe die Fragmentierung der Kantone in Gemeinden keinen Einfluss auf die Entwicklung des realen BIP. Dies impliziere, dass Größenvorteile („economies of scale“) nicht notwendigerweise ein gutes Argument für eine Zusammenlegung von Gemeinden seien.

Fazit

Abschließend wurden im Rahmen einer Paneldiskussion die zentralen Ergebnisse der Konferenz zusammengetragen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass aufgrund der angespannten Haushaltsslagen in der Europäischen Union, der verstärkten Internationalisierung der Volkswirtschaften und der demografischen Entwicklungen in Europa verstärkt die Qualität und nicht die Quantität der öffentlichen Güter berücksichtigt werden müsse. Die Ergebnisse der Studien zeigten, dass Effizienzsteigerungen auch bei geringerem Mitteleinsatz möglich und nötig seien. Des Weiteren bestand unter den Teilnehmern ein Konsens, dass die Fiskalpolitik nachhaltig ausgerichtet und langfristigen Zielen verpflichtet sein sollte. Die Zusammenstellung einer Prioritätenliste könnte dabei behilflich sein. Eine leichte Uneinigkeit bestand lediglich hinsichtlich der Frage, wie die Nachhaltigkeit von Fiskalpolitik gesichert werden könnte. Während *Christian Kastrop* auf die Aufgabe der Parlamente verwies, konnte sich *Ludger Schuknecht* auch eine Delegation von fiskalpolitischen (Teil-)Aufgaben an ein unabhängiges Komitee vorstellen.